

## Generalstabberichte.

Wien, 5. Februar. (K.B.) Nützlich wird verlautbart: Keine besonderen Ereignisse. — Der Chef des Generalstabes.

Berlin, 5. Februar. (K.B. — Wolffsbureau.) Aus dem Großen Hauptquartier wird amtlich gemeldet: Westlicher Kriegsschauplatz: Heeresgruppe Kronprinz; Naprecht: Von der Küste bis zur Eys Artilleriekampf, der sich am Abend an der Bahn Wosign—Staden bei Almherr eines englischen Vorstoßes zwischen Polkowsatz und Bezelire beträchtlich folgerte. Auch südlich der Eys am La Basse Kanal und an der Scarpe lebte die Feuerfähigkeit zeitweilig auf. Bei erfolgreichen Erkundungen südlich von Arentieres und bei Greencourt wurden einige Engländer gefangen genommen. Heeresgruppe deutscher Kronprinz: Rüstliche Stoßtrupps brangen südlich von Beaumont tief in die französischen Stellungen ein, fügten dem Gegner schwere Verluste zu und kehrten mit 33 Gefangenen und mehreren Maschinengewehren in ihre Linien zurück. Heeresgruppe Herzog Albrecht: Auf den Maashöhen, nördlich und südlich von S. Wipfel lebte die Gefechtsfähigkeit nachmittags auf. — Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. — Der Erste Generalquartiermeister von Hindenburg.

Berlin, 5. Februar. (K.B.) Der Abendbericht teilt mit: Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

## Drahtnachrichten.

### Die Friedensverhandlungen.

Wien, 4. Februar. (K.B.) Das k. k. Tel.-Korr.-Bureau meldet aus Breit-Klonsk: Zu Beginn der heutigen Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommissions und Staatssekretär Dr. v. Kihlmann den Vorsitzenden der russischen Delegation ein, sich zur Frage der Zulassung von Vertretern der westlichen Randstaaten zu den Verhandlungen in Breit-Klonsk zu erklären. Der frühere Standpunkt der Mittelmächte in dieser Angelegenheit sei vollkommen unverändert geblieben. Hieraus führte Trojki aus: Wir unsererseits erkennen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des polnischen Staates im vollen Umfange an, aber wir können nicht die Augen verschließen vor der Tatsache, daß diese Selbständigkeit nur eine scheinbare ist, so lange Polen unter dem Regime der Besetzung stehe. Als bevollmächtigt zur Teilnahme an diesen Friedensverhandlungen könnte er nur eine Vertretung Polens ansehen, welche sich auf breite Massen stützen würde. — In Erwiderung darauf bemerkte Staatssekretär v. Kihlmann, er glaube einen gewissen Fortschritt darin erkennen zu können, daß Herr Trojki die Selbständigkeit des polnischen Staates im vollen Umfange anerkannt habe. Wenn der Vorsitzende der russischen Delegation auch für die anderen westlichen Randvölker Fußfahnde die Selbständigkeit anerkennen wollte, so würden die Verhandlungen hiedurch einen erheblichen Schritt vorwärts kommen. — Auf eine Bemerkung des Herrn Trojki, wonach die Regierungen der Mittelmächte die neue finnische Regierung noch nicht anerkannt hätten, reagierte, wies Dr. v. Kihlmann darauf hin, daß er über die Vorgänge in Finnland noch nicht genügend unterrichtet sei. Die Stellungnahme zu den durch die Verhältnisse in Finnland geschaffenen Zuständen müsse daher vorbehalten bleiben. — Minister des Auswärtigen Graf Czernin wies darauf hin, daß Trojki nur die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkenne, jedoch das Recht der dort bestehenden Regierung, diesen Staat zu vertreten, nicht anerkennen wolle. Dagegen vermute Graf Czernin nicht zugeben, daß die Frage, ob die gegenwärtige polnische Regierung den polnischen Staat zu vertreten berechtigt sei, dem Schiedsgericht einer dritten Regierung unterliege. Zur finnischen Frage bemerkte Trojki, die Petersburger Regierung habe die Unabhängigkeit Finnlands während des Krieges anerkannt, so daß sich damals noch Truppenenteile, die an diesem Kriege teilnahmen, auf finnländischem Boden befanden. Als der finnländische Staat sich mit der Bitte um Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands nach Petersburg gewendet habe, hätte dieser selbst den Gedanken geäußert, die Truppen erst nach Abschluß des Friedens abzugeben, falls es aus verständigsten Rücksichten nicht möglich wäre, sie schon früher wegzuführen. In Vorbereitung eines Einvernehmens wurde hierüber eine Kommission gebildet. Als nun in Finnland die Revolution der Arbeiternassen begann, habe sich die finnische Sozialdemokratie an die russischen Truppen mit dem Wunsch gewandt, daß sich diese in die Kämpfe nicht einmischen möchten. Diesem Wunsch entsprechend sei auch ein Telegramm an die finnische Regierung abgegangen. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß zwischen Abteilungen der russischen Truppen und Teilen der finnischen Bürgerarmee Zusammenstöße stattgefunden hätten, doch leugne er, daß diese Zusammenstöße irgend welchen Einfluß auf den Gang der inneren Kämpfe hätten haben können. Was die Frage der Heranziehung der polnischen Vertreter betreffe, werde an die russische Delegation die Frage gerichtet, ob sie die Unabhängigkeit anerkenne oder nicht. Es sei klar,

daß diese Frage eine Zweideutigkeit enthalte. Er erkenne im vollen Umfange an und unbeschränkt das Recht des polnischen Volkes an, selbstständig und unabhängig zu existieren, aber er möge nicht die Augen davor verschließen, daß dieser polnische Staat jetzt von fremden Truppen besetzt sei, und daß die sogenannte polnische Regierung sich nur innerhalb der Grenzen bewegen dürfe, die ihr von oben her gesteckt werden. Auf die Bemerkung des Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Delegation wäre zu erwidern, daß diese Regierung durchaus nicht als Schiedsrichter in dieser Frage auftreten wolle. Ich schlage nur einen Weg für die Nachprüfung der Berechtigung der polnischen Regierung vor. In Erwiderung hierauf führte Graf Czernin aus, es sei notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Delegationen der verhandelnden Mächte nicht hierher gekommen seien, um einen gewissen Ringkampf auszufechten, sondern um zu versuchen, ob und inwiefern es möglich sei, zu einer Verständigung zu gelangen. Er müsse erneut bemerken, daß es für den Vertreter eines Staates nicht nützlich sei, jetzt zu treten, indieweit für einen anderen Staat die dort bestehende Regierung zu Recht bestehe. Die Fortsetzung der Diskussion über diese Frage sei seiner Ansicht nach unsinnig. Auf den polnischen Staat angewendet, müsse er darauf hinweisen, daß dieser Staat in Entwicklung begriffen und daß der Entwicklungsprozess noch nicht abgeschlossen sei, weshalb dieser Staat, wie Herr Trojki ganz richtig bemerkt habe, noch keine feststehenden Grenzen habe. Innererleits habe jedoch die russische Republik, die in Entwicklung begriffen sei, keine festen Grenzen, was aber die Mächte des Bierbundes nicht hindere, mit der gegenwärtigen russischen Regierung bereits zu verhandeln, ohne sich in eine Prüfung ihrer Legitimität einzulassen. Wenn Herr Trojki gegen die Mächte des Bierbundes den Vorwurf zu erheben scheine, daß diese die neue finnische Regierung nicht anerkannt hätten, so müsse er feststellen, daß ihm über eine solche Absicht nichts bekannt sei. Daß die Biebündnisse übrigens auch mit Regierungen verhandeln, die sie für ziemlich radikal halten, gehe aus der Tatsache der Bremer Verhandlungen zur Genüge hervor. — Hieraus wurde die Sitzung geschlossen.

### Friedensfrage.

Amsterdam, 4. Februar. (K.B.) Wie die Londoner „Morningpost“ erzählt, erhielt Lord Lansdowne von den Gemerkschaften in Manchester, Birmingham und Glasgow Einladungen zu Vorträgen über die von ihm mehrfach dargelegten Grundzüge einer Verständigung mit den Mittelmächten.

### Verbandskonferenzen.

Lugano, 4. Februar. (K.B.) Eine Pariser Meldung der Agenzia Havas besagt, daß die Entschließung der Versailles Konferenz großen Einfluß auf die weitere Kriegsführung zu haben bestimmt sei. Die italienischen Blätter suchen diesen Einfluß ausschließlich auf militärischem Gebiet, „Tribuna“ bringt aus London Nachrichten über die Bildung einer einseitig beschleunigten interalliierten Armee, die bereitstehen soll, um in den jeweiligen kritischen Punkten der Ententezone angelegt zu werden. Die einzelnen Kontingente der Armee sollen nationalen Kommandanten unterstehen. Die höchste Verfügung über die Armee soll der oberste militärische Rat in Versailles haben. Die Konzentrierung der Armee sei noch nicht erfolgt.

Paris, 4. Februar. (K.B.) Eine Mitteilung der Agenzia Havas besagt: Die Erklärung der Verbündeten beschließt die Phase der Antwortsnoten der Diplomaten und bereitet jene des militärischen Handelns vor; indem sie die Lage mit vollkommener Klarheit kennzeichnet, bedeutet sie, daß der Krieg mit verdoppelter Energie überflüssig fortbauern werde in einer Weise, die dem deutschen Militarismus einen Frieden der Gerechtigkeit und Freiheit, den die Reden des Reichskanzlers zurückgewiesen haben, auferlegt. Die Debattebeschlüsse werden den Kampf intensiver und die Angriffe durch mehr Methode wirksamer gestalten. Mehr denn je ist es jetzt das Ziel, zu siegen.

### Unterseebootskrieg.

Berlin, 4. Februar. (K.B.) Das Wolffsbureau meldet: Der feindliche Transportverkehr nach dem Orient und Italien wurde durch unsere Unterseeboote im mittleren und besonders im östlichen Teile des Mittelmeeres durch die Vernichtung von vier Dampfern und vier Seglern wieder erheblich geschädigt.

### Die Auslandsbewegung in Deutschland.

Berlin, 4. Februar. (K.B.) Das Wolffsbureau meldet: Der angekündigte Reichstagsabgeordnete Dittmann ist unter Zubilligung milderer Umstände und unter Vereinnahmung der christlichen Gesinnung verurteilten Landesverrats in Italien mit dem Vergehen gegen den Paragraph 91 des Verleumdungsgesetzes zu fünf Jahren Gefängnis und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

### Inland.

Wien, 5. Februar. (K.B.) (Abgeordnetenhaus.) Der Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Danann übermittelte den Gesetzentwurf eines Gesetzes betreffend die aus-

schließliche Berechtigung der Bauangehörigen und Zimmerer (Ziviltechniker) zur Verrechnung bestimmte technischer Arbeiten, jenseit der Einwirkung eines Gesetzes über die Elektrizitätswirtschaft. Der Minister bespricht die Befehle der Rückständigkeit im Elektrizitätswesen und inwieweit die Pflichten der Unternehmungen und die Bestimmungen über die Tarife. Als ein Raum bezeichnet der Minister eine Gewinnbeteiligung des Staates, die nur gegen solche Unternehmungen eintreten wird, welche besondere staatliche Begünstigungen genießen, in erster Reihe das Elektrizitätswesen. Um der Möglichkeit der Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft zu werden, wurde gegenüber solchen Unternehmungen das Verbotrecht im Gesetz vorgesehen. Hieraus war es mit zu gegen die Entschlossenheit, eine heute eingebrachte dringliche Anfrage des Abg. Konstantin Leistikow und Genossen, betreffend die Ernährungsverhältnisse in Ostgalizien, sofort in Verbindung zu ziehen. Abg. Konstantin Leistikow begründete seine Anfrage und verlangte die unverzügliche Einleitung der Requisitionen und die Zuspeltung von Rohstoffmitteln. Es sprachen die Abgeordneten Wronel, Aust, Magister, Kallina und Koszar, worauf in die Tagesordnung, zweite Lesung des Staatsvorantrages, eingegangen wird. Abgeordneter Steinwender leitet die Verhandlung ein und kritisiert die Finanzwirtschaft im letzten Dequennium. Er beschränkt sich über die Nachfülle der Kapitalkontenrolle, namentlich des Bankkapitals, und behauptet, daß das Parlament nicht rechtzeitig einberufen wurde. Die erste Sitzung des Hauses sei den Staatsvorantragslag festzustellen. Der alldeutsche Abgeordnete Jäger betont die Verbindlichkeit des Deutschen Reiches, sürich sich gegen einen amerikanischen Frieden aus und erklärt, die Alldeutschen verlangen von der österreichischen Regierung die Verhütung der weiteren Entwertung Österreichs, Sicherung des deutschen Reiches, deutsche Führung und Bernaltung des Staates, deutsche Staatsprache, den engsten wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Anschluß an Deutschland und die Zusammenstellung Galziens. Abg. Baron Hoch beklagt das passive Verhalten der Regierung gegenüber der Forderung nach einer selbstständigen ungarischen Armee und vertritt demnach kritische Richtungen in der gesetzgeberischen Tätigkeit des Justizministers. Die Wiener freischützlichen Abgeordneten würden für das Budget stimmen, da die Regierung den Standpunkt der Gesamtmonarchie nachdrücklich vertreten und die Deutschböhmern vor nationaler Fremdherrschaft schützen will. Abg. Kapuzin erörtert die Ernährungsverhältnisse Österreichs, betont die dringliche Notwendigkeit, Abhilfe zu schaffen, wenn nicht unermeßliche Folgen eintreten sollen, und erklärt, die Südbawen werden wegen der seitens des Staates an ihnen begangenen Sünden das Budget ablehnen. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen, wurde die Verhandlung abgebrochen. — Nächste Sitzung morgen.

### Rußland.

Berlin, 4. Februar. (K.B.) Das Wolffsbureau meldet: Ein Funkpruch aus Kiew vom 2. d. berichtet, daß Mohilew, der Standort der obersten russischen Heeresleitung, durch Polen besetzt und der Oberbefehlshaber Krutenko mit seinem ganzen Stabe verhaftet worden ist. Nach dem gleichen Funkpruch wurde der Aufstand der Bolschewiki in Kiew von den Ukrainern unterdrückt. In die Spitze des neugewählten ukrainischen Ministeriums wurde der Vorsitzende der ukrainischen Friedensdelegation in Breit-Klonsk gestellt. Alle ukrainischen Truppen stellen sich an Seite der Kiewer Zentralrada. Die Truppen der Bolschewiki gleichen schleunigst aus der Ukraine nach Rußland. Bei Kiew soll eine halbe Million ukrainischer Truppen unter Führung von Offizieren verammelt sein. Auch die Zivilbevölkerung soll bewaffnet sein.

Berlin, 5. Februar. (K.B.) Das Wolffsbureau teilt mit: Die Bolschewikregierung hat gestern nachfolgenden Funkpruch abgeschickt: In alle! Dringend! In alle! Schiffskameraden und Reservisten! Kein einziger soll sein Entlassung zur Reserve nehmen, so lange die bürgerliche Herrschaft von Finnland nicht vernichtet ist. Ihr Sieg ist der Sieg unserer Revolution. Bewaffnung wird in nötiger Menge gefunden werden.

Berlin, 5. Februar. (K.B.) Wie die „Vollstättige Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle mitteilt, sei in Rußland das Verdict verurteilt, die Japaner hätten von ihren Konsulaten die Welsung erhalten, Rußland schnellstens zu verlassen.

Stockholm, 4. Februar. (K.B.) Ein Telegramm des Generalpostamtes in Haparanda meldet, daß die Polizei von Schweden nicht mehr in Tornio entgegengenommen wird. Man erwartet den sofortigen Angriff der Roten Garde gegen Tornio.

Stockholm, 4. Februar. (K.B.) Svensk Telegramm Bureau meldet, man erwarte einen sofortigen Angriff der Roten Garde gegen Tornio.

### Finnland.

Stockholm, 5. Februar. (K.B.) Das schwedische Rote Kreuz bereitet eine Expedition nach Finnland vor.

